



Generalsekretär Peter Hintze:

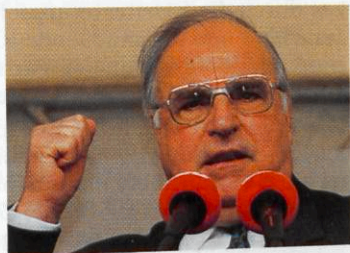
Wir gewinnen mit Europa

Nach ausführlicher Beratung im Bundesvorstand hat das Präsidium der CDU in seiner letzten Sitzung das Europawahlmanifest beschlossen. Generalsekretär Peter Hintze auf einer Pressekonferenz im Konrad-Adenauer-Haus am 6. Mai zum Europa-Wahlkampf der CDU: Die Botschaften für die Europawahl sind klar.

1. Das Europawahlmanifest der CDU ist ein Programm mit Bodenhaftung. Wir stellen die konkreten Probleme der Bürger in den Mittelpunkt. Wachstum und Arbeit, Sicherung des Friedens, Innere Sicherheit und Umweltschutz sind die zentralen Themen der Bürger. Deshalb sind sie auch die zentralen Themen unseres Wahlkampfes.

2. Wir wollen Europa, weil es den Bürgern nutzt. 5 Millionen Arbeitsplätze in Deutschland hängen ab vom Export in die Europäische Union. Ohne die europäische Zusammenarbeit gäbe es noch heute nicht europaweit verbindlich den Katalysator für Kraftfahrzeuge. Über 50 Prozent Rückgang bei den

(Fortsetzung auf Seite 2)



Wir alle brauchen dieses geeinte Europa — wir mehr als alle unsere Nachbarn, so Bundeskanzler Helmut Kohl zum Auftakt des Europa-Wahlkampfes der CDU am 7. Mai in Aachen. Das Europa, das wir bauen, ist „die Zukunftschance für die junge Generation“. (Bericht Seite 16—19)

U*i*D
extra

Europa — gut für Deutschland.
Erklärung der Christlich Demokratischen Union Deutschlands zur Europawahl 1994.

Dokumentation

Wachstum umweltverträglich gestaltet. Bilanz einer erfolgreichen Umweltpolitik.

Ein guter Tag für die Europäische Union und ein wichtiges Signal vor dem 12. Juni

Zur Abstimmung im Europäischen Parlament über die Erweiterung der Europäischen Union erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl-Heinz Hornhues:

Entgegen vielerlei Befürchtungen hat das Europäische Parlament der Erweiterung der Europäischen Union um die EFTA-Staaten Österreich, Schweden, Finnland und Norwegen mit großer Mehrheit zugestimmt. Dies ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur vollen Mitgliedschaft, die — nach Unterzeichnung des Vertragswerkes durch die EU-Regierungschefs im Juni 1994 und anschließende Ratifizierung durch die nationalen Parlamente — am 1. Januar 1995 in Kraft treten kann. Das erweiterte Recht des Europäischen Parlamentes zur Mitentscheidung bedeutet auch eine größere unmittelbare Mitverantwortung des EP für die Zukunft der Europäischen Union. Die große

Zustimmung zur EU-Erweiterung unterstreicht, daß sich das Parlament dieser Verantwortung bewußt ist. Trotz seines berechtigten Interesses an einer institutionellen Reform zur Sicherung der Handlungsfähigkeit und Verbesserung der Entscheidungsverfahren hat es die politisch wünschenswerte und notwendige Erweiterung der Gemeinschaft nicht angehalten.

Der verantwortliche Umgang des Parlamentes mit seinen neuen Rechten kommt nicht nur den neuen Mitgliedstaaten, sondern vor allem dem Parlament selbst zu Gute, das im Verhältnis zum Ministerrat und zur Kommission Profil gewonnen hat.

Das Votum des Europäischen Parlamentes für die EU-Erweiterung ist — wenige Wochen vor den Europawahlen — das richtige Signal zum richtigen Zeitpunkt. Der 4. Mai 1994 war ein guter Tag für die Europäische Union.

● Europa

Günter Rinsche: Es geht um wettbewerbsfähige Arbeitsplätze. Seite 6

(0228) 1994: Die Nummer des Europa-Wahlkampf-Telefons im Konrad-Adenauer-Haus. Seite 7

Transparent und demokratisch: Neues Eigenmittelsystem für die EU. Seite 7

Außer Spesen nichts gewesen. Fünf Jahre Republikaner im Europäischen Parlament. Seite 8—13

● Hessen

... auch hier ist mit den Reps kein Staat zu machen. Seite 13

HEUTE AKTUELL

● Beschäftigung

Konjunkturanstieg beeinflusst den Arbeitsmarkt positiv. Seite 14

● Neue Parteien

Der politische Gegner: Chaos bei der Statt-Partei. Seite 15

● Europawahlkampf

Wir gewinnen mit Europa. Wahlkampfauftakt in Aachen. Seite 16—19

Die Sendetermine unserer Wahlspots in Rundfunk und Fernsehen. Seite 24

● Entwicklungspolitik

Globale Zukunftssicherung

durch Bekämpfung weltweiter Armut. CDU-Bundesfachausschuß führt Dialog mit den Kirchen. Seite 20

● Podiumsdiskussion

Generalsekretär Peter Hintze bei den Arbeitgeberverbänden: Wir können mit Zuversicht und Vertrauen in die Zukunft sehen. Seite 21

● Seminartermine

Betriebs- und Personalratseminare des Arbeitnehmer-Zentrums Königswinter. Seite 22

● Rundfunk/Fernsehen

Die Anschriften der wichtigsten Sender mit Fax-Nummern. Seite 25

(Fortsetzung von Seite 1)

Asylbewerberzahlen wären ohne die Zusammenarbeit in Europa nicht erreichbar gewesen. Wir werden in unserem Wahlkampf die großen Vorteile Europas für Wirtschaft und Arbeit in Deutschland deutlich machen.

3. Die CDU begreift sich als die europäische Reformpartei. Wir wollen mehr Demokratie, die konsequente Anwendung des Subsidiaritätsprinzips, eine handlungsfähigere europäische Außen- und Sicherheitspolitik, die gemeinsame Asylpolitik. Wenn Europa Bestand haben soll, muß es sich ändern.

4. Die SPD ist in wichtigen Kernbereichen der Politik nicht europafähig. Sie verweigert die gleichberechtigte Mitwirkung Deutschlands im Rahmen der WEU durch ihre Ablehnung friedenserhaltender und friedenswiederherstellender Einsätze und ist damit selbst bei ihren sozialdemokratischen Schwesterparteien völlig isoliert.

Hätten die Sozialdemokraten zwei Jahre früher die Anpassung unseres Asylrechts an europäische Normen ermöglicht, wäre ein oft jahrelanges und vielfach erfolgloses Verfahren in Deutschland erspart geblieben.

● Die CDU geht mit Zuversicht in den Europawahlkampf

Die Stimmungswende zu unseren Gunsten ist in vollem Gange. Im Westen Deutschlands hat die Union nach verschiedenen Umfragen mit der SPD bereits gleichgezogen. Die aktuellen Zahlen der Sonntagsfrage darf man natürlich nicht überbewerten — es sind Momentaufnahmen. Viel aufschlußreicher ist der Trend, der eine eindeutige Aufwärtsentwicklung für die Union ausweist. Die Union setzt zum Überholen an.

Auch in den neuen Bundesländern holen wir unseren Rückstand auf. Wir haben hier einen Schwerpunkt unseres Wahlkampfes gelegt und werden unsere Anstrengungen noch verstärken. Bei der Vorstellung unserer Wahlkampfaktivitäten komme ich darauf noch zu sprechen.

Bei der Kanzler- und den Kompetenzwerten gehen die Zahlen für Helmut Kohl und für die Union beständig nach oben. Mit am wichtigsten ist die Frage nach der Wirtschaftskompetenz der Parteien. Diese Frage — wem die Wähler am ehesten die Lösung der Wirtschaftsprobleme zutrauen — hat für den Ausgang der Wahlen entscheidende Bedeutung. Und hier hat sich die Union einen deutlichen Vorsprung zurückerobert.

Alles in allem weisen die Zahlen übereinstimmend aus: Die Union ist im Aufwind. Das Rennen ist noch nicht entschieden. Die CDU hat sehr gute Chancen, es bei den Wahlen wieder zu packen; diese Chancen werden auch beständig besser. Dafür werden wir um jede Stimme kämpfen. Die CDU hat weder Grund zu Hochmut noch zu Kleinmut, aber Anlaß zu Selbstbewußtsein und Optimismus.

Die beste Nachricht für alle Menschen in Deutschland ist derzeit: Die Wirtschaft zieht an, Arbeitsplätze werden gesichert und neue Arbeitsplätze geschaffen. Der konsequente Kurs der Bundesregierung, die auf Stärkung der Wirtschaftskraft, auf Verbesserung der Rahmenbedingungen, auf finanzielle Konsolidierung setzt, erweist sich als richtig.

Die führenden Forschungsinstitute gehen in ihren Frühjahrsgutachten mehrheitlich von einem Wirtschaftswachstum von 1,5 Prozent aus. Auch in den neuen Ländern kommt der Aufschwung jetzt voll zum

Tragen. 1993 nahm dort das Bruttoinlandsprodukt real um 7,1 Prozent zu. In diesem Jahr rechnen die Experten mit einem Wirtschaftswachstum von 7,5 Prozent. Sie haben damit ihre früheren Zahlen deutlich nach oben korrigiert. Sogar zweistellige Zuwachsraten werden nicht mehr ausgeschlossen. Das heißt ganz klar:

Die Lebenssituation der Menschen in den neuen Ländern verbessert sich. Das Statistische Bundesamt weist aus, daß die Brutto- und Gehaltssumme je Arbeitnehmer vom 2. Halbjahr 1990 zum 2. Halbjahr 1993 um 124 Prozent gestiegen ist. Wir kommen voran, und die Menschen spüren es.

Es hängt jetzt alles davon ab, daß wir die Aufschwungkkräfte stützen und weiter verstärken. Die Deutschen sind dabei, es wieder zu packen. Aber falsche Signale könnten alles in Frage stellen. Auch aus diesem Grund sind die Wahlentscheidungen so wichtig. Ein Steuer- und Abgabepaket, wie die SPD es sich vorstellt, wäre ein Kälteschock für die aufblühende Pflanze Konjunktur. Die SPD spricht im Zusammenhang mit ihren Steuerplänen — ich zitiere den wirtschaftspolitischen Sprecher Jens — selbst von einer „Kampfansage an die Wirtschaft“ (Die Woche 14. 4. 1994).

Ich halte das für unverantwortlich. Wer in einer Phase des beginnenden Aufschwungs der Wirtschaft den Kampf ansagt, diskreditiert sich selbst.

● In Wirklichkeit fürchtet die SPD nichts so sehr wie den Aufschwung

Die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung und die Stimmungswende zugunsten der Union haben die SPD in hohem Maße verunsichert. Deshalb versucht sie jetzt,

den Bürgerinnen und Bürgern weiszumachen, es gäbe keinen „richtigen“ Aufschwung.

Die Strategie der SPD hat darauf gesetzt, Neid und Angst auszubeuten. Im selben Maße, in dem sich der lähmende Druck von Zukunftsangst und Pessimismus von unserem Land löst, bricht diese Strategie in sich zusammen.

Selten wurde ein Slogan schneller von der Wirklichkeit überrollt als der SPD-Spruch „Sicherheit statt Angst“.

Die SPD kann nicht mehr auf Baisse spekulieren und rutscht prompt ins Stimungsloch. Deshalb versucht sie jetzt, die positive Entwicklung in Deutschland herunterzureden. Die Sozialdemokraten arbeiten gegen die Zukunftshoffnungen der Menschen — und damit auch gegen deren Interessen. Sie sind die Miesmacher, die Muffelfritzen der Nation.

Was die Bürgerinnen und Bürger von der SPD zu erwarten hätten, wird dagegen verhüllt, verborgen, versteckt. Wahlkampf als politisches Versteckspiel — es ist die Frage, wie lange sich die Wählerinnen und Wähler das gefallen lassen. Rudolf Scharping zieht als „Genosse Tarnkappe“ durch die Lande, der sorgsam verschleiert, was er selber will und was die widerstreitenden Parteiflügel fordern. Die SPD-Linke hat sich zähneknirschend und mangels Alternative auf dieses taktische Versteckspiel eingelassen.

Wenn die SPD-Fundis jetzt erklären, sie stellen sich hinter Scharping, dann hat das nur einen Grund: Dort sind sie für die Wähler nicht so gut zu erkennen. Nach der Wahl aber werden sie Hand in Hand mit den Grünen wieder ins Rampenlicht treten und rufen: Wir sind schon da!

Die SPD als unkalkulierbares Risiko. Wer Scharping wählt, weiß nicht, wen

oder was er wirklich wählt. Dafür hat Scharping gesorgt. Er hat das SPD-Programm glattgeschliffen wie einen abgefahrenen Autoreifen: ohne Profil. Und damit ist er prompt ins Schleudern gekommen.

● Die Wahlkampfphilosophie der CDU im Superwahljahr heißt: Gespräche statt Materialschlacht!

Sie basiert auf der Tatsache, daß die Zeiten, in denen Parteien den Bürgerinnen und Bürgern einseitig ihre Botschaften verkünden, endgültig vorbei sind.

Moderne Parteienkommunikation lebt vom Gespräch, vom direkten Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern. „CDU im Gespräch“ lautet daher unser Leitmotiv für diesen Wahlkampf.

Auf eine Anzeigenkampagne verzichten wir im Europawahlkampf aus Gründen der Sparsamkeit und zu Gunsten der persönlichen Gespräche ganz, während die SPD bereits seit Wochen mit millionenschweren Anzeigenkampagnen in Boulevardblättern zuschlägt.

Die CDU führt einen argumentativen Wahlkampf. Dies setzt voraus, daß alle Wahlkämpfer stets über aktuelle Argumente verfügen. Wir wollen in den Wahlkämpfen dieses Jahres das Nachrichten-Tempo mithalten können, das den Menschen durch Hörfunk, Fernsehen und Zeitung geläufig ist.

Um dies zu erreichen, hat die CDU im Lauf der zurückliegenden 12 Monate ein eigenes Kommunikations-System aufgebaut: das CDU-KomSys. Über die Leitungswege der Telekom werden bundesweit alle Personal-Computer in den Geschäftsstellen der CDU täglich mit neuen Mitteilungen, Argumentationen, Flugblatt-Vorlagen und Informationen

versorgt. Das System ist so angelegt, daß die Datenbestände vor Ort zentral von Bonn aus gewartet werden, so daß die Aktualität in jedem Fall sichergestellt ist.

Um Ihnen einen Eindruck von der Funktionsweise zu vermitteln, haben wir den politischen Teil des Kommunikations-Systems auf Diskette kopiert und werden diese im Saal verteilen lassen. Dies ist ein modernes Produkt auf dem aktuellen Stand der Technik: Ein umfassendes Handbuch der politischen Argumentation in zwei Megabyte Computer-Daten verpackt.

● „Gespräch mit dem Bürger“, das ist für uns nicht nur ein Schlagwort

Ich will Ihnen deshalb an ganz konkreten Beispielen erläutern, wie das im Wahlkampf funktioniert. Vor wenigen Tagen haben wir in Berlin eine Aktion speziell für die neuen Länder gestartet. Sieben CDU-Teams werden rund 500 Orte in Ostdeutschland aufsuchen und gemeinsam mit den örtlichen Kommunalwahlkandidaten und Europakandidaten das direkte Gespräch mit den Wählern suchen. Die Aktion findet auf Marktplätzen, vor Einkaufszentren und auch in den Wohnsiedlungen statt. In das direkte Gespräch kommt die CDU dabei mit einer Umfrageaktion, die mit einem Europaquiz verbunden ist. Wir werden die Menschen fragen und gleichzeitig informieren. Neben der Chance, beim Europaquiz einen attraktiven Preis zu gewinnen, wird die CDU den Umfrageteilnehmern ein kleines Dankeschön überreichen, einen Apfel aus den neuen Bundesländern. Im Anschluß an die Pressekonzferenz lade ich Sie gerne ein, Ihren Biß ausnahmsweise mal an diesem saftigen Werbemittel zu probieren. Durch diese Aktion werden wir übrigens mit rund 300.000 Wählern in den neuen Ländern persönlich sprechen.

Mit einer bundesweiten Telefonanrufaktion werden wir durch freiwillige Helfer einen großen Teil unserer Mitglieder, die kein Amt oder Mandat haben, telefonisch erreichen und für den Wahlkampf insbesondere wiederum für Gespräche mit den Wählern aktivieren.

Wie auch in anderen Wahlkämpfen werden unsere Spitzenpolitiker und insbesondere Bundeskanzler Helmut Kohl in einer Vielzahl von Veranstaltungen landauf, landab mit den Wählern sprechen. Allein die Bundesgeschäftsstelle organisiert für den Europawahlkampf zentral rund 800 Wahlkampfeinsätze von Mitgliedern des CDU-Präsidiums und des Vorstandes.

● Auch die Fernseh- und Radiospots haben wir in unsere Kommunikationstrategie eingepaßt

In unseren Kurzspots haben wir Meinungen, Befürchtungen und auch Vorurteile

der Bürger über die Europäische Union aufgegriffen und argumentieren, warum Europa gut für die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland ist. Damit haben wir bereits viele Gespräche, die wir im Vorfeld der Produktion unserer Spots geführt haben, aufgenommen und gehen argumentativ auf diese ein. Wir setzen allerdings noch eins drauf und eröffnen den Bürgern und uns eine weitere Möglichkeit, im offenen Dialog zu bleiben. Der größte Teil unserer Spots endet mit der Aufforderung, uns unter der Ruf-Nr. **0228/1994** anzurufen. Unter „Bonn 1994“ haben wir ein Bürgertelefon eingerichtet, das ab dem 16. Mai erreichbar ist. Neben den argumentativen Kurzspots, in denen Fakten deutlich herausgestellt werden, haben wir einen zweieinhalb-Minuten-Film hergestellt, der Fakten durch „eine wahre Geschichte“ vermittelt. Wir zeigen zwei authentische Lebensschicksale, in denen sich die Geschichte unseres Landes widerspiegelt. Die besten Geschichten schreibt das Leben selbst.

Günter Rinsche: Es geht um wettbewerbsfähige Arbeitsplätze

Obwohl es den Anschein hat, als herrsche im Europäischen Parlament zwischen Christdemokraten, Sozialdemokraten und anderen politischen Gruppierungen große Einmütigkeit, gibt es in wichtigen Bereichen deutliche Unterschiede.

Besonders eklatant sind diese Unterschiede, wie der Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Günter Rinsche, auf der gemeinsamen Pressekonferenz mit Generalsekretär Peter Hintze am 6. Mai erklärte, bei der Frage der

sozialen Sicherheit für alle Europäer und bei der Frage, wie wettbewerbsfähige Arbeitsplätze geschaffen werden können und der Wettbewerb mit den dynamischen asiatischen Volkswirtschaften bestanden werden könne.

Die Industriepolitik, wie sie von der linken Seite des Europäischen Parlaments befürwortet wird, ist — so Rinsche — sehr stark auf den Erhalt alter Industriestrukturen ausgerichtet — zum Teil wohl aus wahlpolitischen Gründen —, und sie wird unsere Chancen im Wettbewerb erheblich vermindern.

Transparent und demokratisch: Neues Eigenmittelsystem für die EU

Der stellvertretende Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Horst Langes, hat als Berichterstatter des Europäischen Parlaments ein neues Eigenmittelsystem für die Europäische Union vorgeschlagen, für das sich das Plenum in Straßburg mit großer Mehrheit ausgesprochen hat.

Die Europäische Union braucht ein eigenes Einnahmesystem, das für die Bürger eindeutig und verständlich ist und mit dem in der gesamten Europäischen Union Einnahmen in gleicher Weise erhoben und kontrolliert werden, begründete Horst Langes seinen Vorschlag vor dem Plenum. Ein neues System dürfe dabei den Bürger nicht mehr belasten, müsse aber die Finanzierung der Union in Zukunft sicherstellen. Auch müsse dem Bürger deutlich werden, welchen Anteil am Steueraufkommen der Union und welcher den Mitgliedstaaten zustehe. Langes schlägt vor, neben den Abschöpfungen und Zöllen aus dem Handel mit Nichtmitgliedstaaten einen festgelegten Prozentsatz an der Mehrwertsteuer an die Gemeinschaft abzuführen. Trotz aller Diskussionen um die „gerechte“ Definition der Bemessungsgrundlage stelle die Mehrwertsteuer immer noch die verläss-

lichste Grundlage für eigene Einnahmen dar. Sie sei transparent und könne über die Steuererklärungen direkt an die Union weitergeleitet werden. Dadurch werde eine direkte Verbindung zwischen dem Steuerzahler und dem Empfänger hergestellt. Voraussetzung sei allerdings die gemeinschaftsweite Harmonisierung der Mehrwertsteuer.

Durch die Hinzunahme des Bruttosozialprodukts als zusätzlicher Größe zu diesem einfachen System könne zwischen den ärmeren und reicheren Ländern der Union, wenn es notwendig sein sollte, noch ein zusätzlicher Finanzausgleich geschaffen werden.

Langes sagte, auf diese Weise werde eine direkte Verantwortlichkeit zwischen den Haushaltsbehörden der Europäischen Union (Rat und Parlament) und dem beitragszahlenden Bürger begründet. Dies sei transparenter und demokratischer als die bisher üblichen Übertragungen fest fixierter Beiträge durch die Mitgliedstaaten.

Das Europäische Parlament fordert die Mitgliedstaaten auf, bis 1999, wenn die derzeit gültige finanzielle Vorausschau endet, ein eigenes Eigenmittelsystem zu schaffen. ■

Ab 16. Mai ist im Konrad-Adenauer-Haus ein Europa-Wahlkampf-Telefon installiert. Unter der Telefon-Nr.:

(0228) 1994

können dann Bürgerinnen und Bürger mit Experten in der CDU-Bundesge-

schäftsstelle über Fragen sprechen, die sie im Zusammenhang mit den Wahl-Spots in Rundfunk und Fernsehen haben, die ebenfalls am 16. Mai anlaufen werden. Mit der Einrichtung dieser Nummer leistet die CDU einen weiteren Beitrag zu ihrem durchgängigen Wahlkampf-Konzept: „CDU im Gespräch“.

Außer Spesen nichts gewesen:

5 Jahre Republikaner im Europäischen Parlament

Bei den letzten Europawahlen 1989 erhielten Parteien am rechten Rand zusammen fast 10 Prozent der Stimmen. Während die DVU an der Fünf-Prozent-Klausel scheiterte, erhielten die Republikaner bundesweit 7,1 Prozent der Stimmen. Die Republikaner zogen mit 6 Abgeordneten ins Europäische Parlament ein.

In ihrem Europawahlprogramm hatten sie versprochen, deutsche Interessen durchzusetzen. Die Parlamentspraxis sah anders aus. Die Republikaner im Europäischen Parlament waren bei vielen entscheidenden Sitzungen nicht einmal anwesend, zerstritten sich untereinander vollständig, kassierten aber öffentliche Gelder. Auf einen Nenner gebracht: „Außer Spesen nichts gewesen.“

● Das Personal

1989 wurden folgende Abgeordnete über die Liste der Republikaner gewählt:

- Johanna-Christine Grund (Ausschuß für Recht und Bürgerrechte; Ausschuß für die Rechte der Frau), Jahrgang 1934, Journalistin; wurde 1986 Mitglied der Republikaner und bereits ein Jahr später geschäftsführende stellvertretende Bundesvorsitzende.
- Klaus-Peter Köhler (Ausschuß für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherschutz), Jahrgang 1943, Kriminalbeamter a. D.; wurde im Mai 1987 Landesvorsitzender der Republikaner in Baden-Württemberg.
- Harald Neubauer (Ausschuß für Außenwirtschaftsbeziehungen), Jahrgang 1951, Chefredakteur der Parteizeitung „Republikaner“, Geschäftsführer; 1985

bis 1988 Generalsekretär der Republikaner, 1988 wurde er bayerischer Landesvorsitzender und Bundessprecher der Partei. Er war vorher NPD-Funktionär und enger Vertrauter des Rechtsaußen-Verlegers und DVU-Vorsitzenden Dr. Gerhard Frey. Heute ist er Vorsitzender der von ihm mitbegründeten „Deutschen Liga“.

- Emil Schlee (Ausschuß für Energie, Forschung und Technologie), Jahrgang 1922, Professor, Ministerialrat a. D.; Landesvorsitzender der Republikaner in Schleswig-Holstein.
- Hans-Günther Schodruich (Ausschuß für Haushaltskontrolle), Jahrgang 1926, Rechtsanwalt; wurde 1983 Mitglied der Republikaner.
- Franz Schönhuber (Außenpolitischer Ausschuß), Jahrgang 1923, Journalist, Autor („Ich war dabei“); war 1983 Mitbegründer der Republikaner und ist seit 1985 (mit kurzer Unterbrechung 1990) Bundesvorsitzender der Partei.

● Die „Aktivitäten“ der Republikaner im Europäischen Parlament

Die Bildung der „Technischen Fraktion der Rechten“

1989 bildeten die 6 Abgeordneten der Republikaner zusammen mit den 10 französischen Abgeordneten der rechtsradikalen Front National unter Jean-Marie Le Pen und dem belgischen Abgeordneten Carel Dillen vom ebenfalls radikalen „Vlaams Blok“ eine Fraktion im Europäischen Parlament. Die drei beteiligten Parteien konnten sich jedoch nicht auf eine

gemeinsame politische Plattform einigen. Sie verständigten sich daher lediglich auf eine „technisch-administrative Zusammenarbeit“ zur Sicherung öffentlicher Mittel. Innerhalb der Fraktion sollte den beteiligten Parteien ihre politische Handlungsfreiheit und Eigenständigkeit belassen bleiben.

Es ist zu fragen, ob die Wähler der Republikaner bei der Europawahl 1989 ein Zusammengehen mit den französischen Rechtsextremisten gewünscht haben.

Innerparteiliche Auseinandersetzungen und das De-Facto-Ausscheiden der Republikaner aus der Fraktionsgemeinschaft

Am meisten beschädigten die Republikaner selbst ihre Gestaltungs- und Einflußmöglichkeiten im Europäischen Parlament durch interne Querelen, Auseinandersetzungen und schließlich ihre De-facto-Auflösung. Der Zerfall der Gruppe der Republikaner im Europäischen Parlament steht im engen Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen innerhalb der Republikaner-Partei in Deutschland.

Als innerparteilicher Herausforderer Schönhubers hatte sich der bayerische Landesvorsitzende Harald Neubauer profiliert. Bereits im September 1990 entband die Parteispitze der Republikaner 5 ihrer 6 Europaabgeordneten (mit Ausnahme von Franz Schönhuber) „mit sofortiger Wirkung von ihren Verpflichtungen gegenüber der Partei“ und leitete ein Parteiausschlußverfahren gegen sie ein. Auf dem bayerischen Landespartei-tag im August 1990 hatte Schönhuber schwere Vorwürfe wegen angeblicher finanzieller Unregelmäßigkeiten gegen seine Straßburger Kollegen erhoben.

Am 3. Dezember 1990 verließ Franz Schönhuber selbst die „Technische Fraktion der Rechten“ im Europäischen Par-

lament nach einem entsprechenden Beschluß des Parteipräsidiums. Schönhuber begründete dies damit, seine Partei könne nicht mit „Neonazis, Rassisten und Extremisten“ in einer Fraktion sitzen. Er meinte damit den „Rassismus“ der übrigen 5 Republikaner, mit denen er bis zu diesem Zeitpunkt eng zusammengearbeitet hatte. Insbesondere bezog er seine Vorwürfe auf seinen früheren „Kronprinzen“ Harald Neubauer. Nachdem Ende 1990 Johanna Grund und

Wahlkampf-Argumente



Harald Neubauer aus der Partei ausgeschlossen worden waren, fielen bei den drei verbliebenen Abgeordneten der Republikaner Köhler, Schlee und Schoddruch im Frühjahr 1991 Austritt und Ausschluß mehr oder weniger zusammen.

Schlee und Grund traten ebenfalls aus der „Technischen Fraktion der Rechten“ aus, so daß in dieser heute nur noch Köhler, Neubauer und Schoddruch ohne parteilichen Rückhalt verblieben sind. Franz Schönhuber, Johanna Grund und Emil Schlee sind als fraktionslose Abgeordnete im Europäischen Parlament ohne irgendeinen Einfluß. Franz Schönhuber ist somit der einzig übriggebliebene Republikaner im Europäischen Parlament.

● Parlamentarische Arbeit der Republikaner

Ausschußarbeit und Präsenz der Republikaner im EP

Nach dreieinhalbjähriger Tätigkeit im Europäischen Parlament zog der für die

Republikaner gewählte Abgeordnete Klaus-Peter Köhler für die gesamte Gruppe folgende Bilanz: „Wir haben ein paar Nadelstiche gesetzt, aber politisch haben wir nichts bewegt“ (Südwest-Presse vom 18. März 1993).

Neben der Zersplitterung und letztendlichen Auflösung der Gruppe der Republikaner kann man auch einen mangelnden persönlichen Einsatz für die parlamentarische Arbeit feststellen. Insbesondere in der wichtigen Ausschubarbeit waren sie häufig nicht einmal anwesend. In einigen bedeutenden Ausschüssen, in denen sie die von ihnen propagierten Forderungen und Ziele („Gegen die EG-Agrarpolitik“; „Rettung der DM“; „Deutschland darf nicht EG-Zahlmeister sein“; „Kampf gegen die Drogenmafia“) hätten verfolgen können, sind sie so gut wie nicht vertreten. Dies gilt für den Agrar-, den Währungs-, den Haushalts- und den Innenausschuß.

So war Schönhuber von Juli 1989 bis 31. Dezember 1991 von 101 Sitzungstagen als Mitglied im Politischen Ausschuß laut Ausschußprotokoll nur 25 Mal anwesend, d. h. er nahm an weniger als einem Viertel der Sitzungen teil.

Der Ausschuß tagt meist zwei- oder dreitägig, im oben genannten Zeitraum waren

und 1993 war er laut Ausschußprotokoll nur an 8 von 54 Sitzungstagen anwesend. Dieser Ausschuß tagt in der Regel zweimal, selten dreitägig. Von 22 Sitzungen war er gerade zwei Mal über die ganze Dauer der Sitzung dabei, in drei weiteren Fällen beteiligte er sich nur zeitweilig an den Sitzungen.

Im Fall Schönhuber fällt besonders auf, daß er sich häufig an Tagen, an denen er anwesend war, in die Anwesenheitsliste eingetragen hat, aber nicht an den politisch wichtigen Abstimmungen seiner Ausschüsse über Berichte und Stellungnahmen beteiligte. So nahm er im Kulturausschuß nur an drei dieser Abstimmungen teil, obwohl im Zeitraum seiner „offiziellen Anwesenheit“ 12 Abstimmungen stattfanden. Auch für Schönhuber gilt also: „Außer Spesen nichts gewesen“.

Übertroffen wird Schönhuber noch von Harald Neubauer, Mitglied im Ausschuß für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherschutz. Allein in den Jahren 1992 und 1993 hat er an keiner einzigen Abstimmung des Ausschusses über Berichte teilgenommen, obwohl er an den Abstimmungstagen mehrfach anwesend gezeichnet hatte. Insgesamt war er laut Ausschußprotokoll nur an 13 von 94 Sitzungstagen anwesend.

Johanna-Christine Grund nahm an den Abstimmungen des Ausschusses für Rechte und Bürgerrechte von 70,5 Sitzungstagen nur an 29 teil. Im Ausschuß für die Rechte der Frau schwänzte sie von 70 Tagen 64 Mal.

Emil Schlee nahm an zwei Drittel der Sitzungstagen mit Abstimmungen im Ausschuß für Energie, Forschung und Technologie nicht teil.

Hans-Günther Schodruch nahm im wichtigen Ausschuß für Haushaltskontrolle an 11 von 70,5 Abstimmungstagen teil.

Das parlamentarische Mittel der schriftli-

Wahlkampf-Argumente

ENTSCHEIDUNG



94

dies insgesamt 31 Mal. Nur vier Mal war Schönhuber über die gesamte Dauer des Sitzungszeitraums dabei.

Seit dem 1. Januar 1992 ist Schönhuber Mitglied im Ausschuß für Kultur, Jugendbildung und Medien. In den Jahren 1992

chen und mündlichen Anfragen oder der Berichterstattung für Ausschüsse haben die Republikaner überhaupt nicht genutzt.

Redebeiträge der Republikaner im Plenum des Europäischen Parlaments

Offenbar konzentrierten die als Republikaner ins Europäische Parlament gewählten sechs Abgeordneten ihre spärlichen Aktivitäten auf die Anwesenheit im Plenum und auf die hier vermutete Öffentlichkeitswirksamkeit von Redebeiträgen. So lieferten sie von Juli 1989 bis zum Juni 1993 insgesamt alle zusammen 139 Redebeiträge im Parlament in folgenden Bereichen:

- ▶ EG und Deutschland: 65 Beiträge
- ▶ Außenpolitik: 27 Beiträge
- ▶ Justiz: 17 Beiträge
- ▶ Wirtschaft: 8 Beiträge
- ▶ Umwelt: 7 Beiträge
- ▶ Sicherheit: 5 Beiträge
- ▶ Landwirtschaft: 3 Beiträge
- ▶ Soziales: 3 Beiträge

Es fällt auch hier auf, daß die für die Europapolitik der Republikaner angeblich so wichtigen Bereiche wie Landwirtschaft, Soziales und Sicherheit nur schwach vertreten sind.

Franz Schönhuber selbst versucht sich in seinen Reden im Europäischen Parlament als deutscher Patriot und Demokrat darzustellen. Selten redet er konkret und sachbezogen, sondern kommt immer wieder auf seine eigene Person und Vergangenheit als Soldat der Waffen-SS zurück.

● Die Republikaner schaden deutschen Interessen

Die Republikaner gefährden Arbeitsplätze in Deutschland

Die Republikaner müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, deutschen Interessen zu schaden, obwohl sie sich stets national geben. Die Europa-Verhandlungspolitik der Republikaner gefährdet Arbeitsplätze in Deutschland. Sie haben z. B. den Binnenmarkt strikt abgelehnt, obwohl gerade Deutschland als die größte Exportnation besonders auf neue Absatzchancen im großen europäischen Binnenmarkt angewiesen ist. Ein Drittel unserer Arbeitsplätze hängen direkt vom Export ab, davon etwa 70 Prozent vom Export in den Europäischen Wirtschaftsraum.

Die Republikaner sind diesen Tatsachen gegenüber blind. Sie tönen von einem „Großdeutschland“ und nähren damit überkommene Vorurteile im Ausland. Dies gefährdet wiederum unsere Wirtschaft und unsere Arbeitsplätze, denn wer will schon von einem ausländerfeindlichen Land Waren kaufen oder gar in einem solchen Land in neue Arbeitsplätze investieren?

Die Republikaner gefährden die innere Sicherheit in Deutschland

Im Dezember 1992 stand im Europäischen Parlament die Abstimmung über die Harmonisierung des Asylrechts in Europa an. Die Rechtsangleichung diente

Nach der jahrzehntelangen Spaltung unseres Kontinents und nach zwei Weltkriegen, die unendliches Leid über die Völker Europas gebracht haben, sind die Ideologien von Kommunisten und Rechtsradikalen ein für allemal von der Geschichte widerlegt worden.

Aus der Erklärung der CDU zur Europawahl 1994

der Beendigung der Sonderrolle Deutschlands als bevorzugtes Fluchtland in Europa. Weder in der Debatte noch bei der Stimmabgabe war vom Republikanerchef Schönhuber, der doch bei jeder Gelegenheit über die „Asylantenflut“ herzieht, etwas zu hören. Er war einfach nicht anwesend.

Die Republikaner gefährden den Frieden in Europa

Die europäische Einigung hat Deutschland bereits fast ein halbes Jahrhundert Frieden gebracht. Aus den Erzfeinden Deutschland und Frankreich, die allein zwischen 1870 und 1945 drei Mal gegeneinander Krieg geführt haben, sind enge Freunde und Verbündete geworden — die Motoren der europäischen Einigung. Franz Schönhuber und seine Republikaner würdigen diese einmaligen Erfolge nicht. Sie wollen wie die Grünen aus der NATO austreten, allerdings nicht wegen pazifistischer Gesinnung. Sie träumen vielmehr von einem militärischen Großdeutschland und stellen die deutsche Ostgrenze in Frage. Sie betreiben damit eine höchst gefährliche Politik der Destabilisierung in Europa und gefährden den Frieden. Die Tragödien, die sich derzeit in Bosnien-Herzegowina und in einigen Republiken der ehemaligen Sowjetunion ereignen, zeigen uns, wohin überzogener Nationalismus führen kann.

Die Republikaner verraten die Interessen der neuen Bundesländer

Skandalös war das Verhalten von Schönhuber, als Mitte 1992 über die zusätzlichen 18 deutschen Abgeordneten für die neuen Bundesländer abgestimmt wurde. Aus dem Zirkel der für die Republikaner ins Europäische Parlament gewählten Abgeordneten gab es keine einzige Ja-Stimme. Das ist Verrat an den Interessen

der Menschen in den neuen Bundesländern.

● Die Kosten

Die politische Bilanz der Republikaner im Europäischen Parlament ist trostlos. Sie sind persönlich und politisch zerstreut, kaum präsent in der täglichen Arbeit, verursachen aber viel Schaden für Deutschland. Was hat uns das alles gekostet?

Die Diäten der Republikaner im Europäischen Parlament

Ein Abgeordneter im Europäischen Parlament erhält 10.366 DM zu versteuernde Diäten pro Monat. Dazu kommen 5.343 DM Kostenpauschale; macht zusammen 15.709 DM. In einem Jahr kassierte also



ein Abgeordneter der Republikaner 188.508 DM, seit seinem Einzug ins Europäische Parlament im Juni 1989 also fast 1 Million DM (942.540 DM). Die sechs Republikaner kosteten den Steuerzahler allein an Diäten und Kostenpauschale 5,65 Millionen DM. Hinzu kommen Sitzungsgelder und Zuschüsse für Reisen per Flugzeug oder Bahn.

Öffentliche Gelder für die „Technische Fraktion der Rechten“

Die „Technische Fraktion der Rechten“ erhielt im Jahre 1993 für ihre Fraktionsarbeit etwa 1,8 Millionen DM. Der Fraktion gehören 14 Personen an, d. h. die über die Republikanerliste gewählten Abgeordneten erhielten je 125.000 DM

Mit den REPs ist kein Staat zu machen

„Mit den Republikanern ist kein Staat zu machen.“ Zu dieser Aussage kommt auch eine jetzt vom Vorsitzenden der hessischen CDU-Landtagsfraktion, Roland Koch, vorgestellte Studie, die der Frage nachgeht, wie die Republikaner in den hessischen Kommunalparlamenten auftreten.

Immerhin war dieser Partei bei der hessischen Kommunalwahl 1993 praktisch flächendeckend der Sprung in die Kreistage und in die Stadtverordnetenversammlungen der kreisfreien Städte gelungen.

Die Zwischenbilanz ein Jahr nach der hessischen Kommunalwahl fällt für die Republikaner vernichtend aus. Von einst 170 Mandaten ist bereits jedes sechste verlorengegangen. Fünf Sitze sind inzwischen unbesetzt, zehn

Mandatsträger nunmehr fraktionslos, und 13 Abgeordnete haben sich abgespalten und neue Fraktionen gegründet. In fast allen Städten und Kreisen präsentiert sich die Republikaner-Fraktion als nicht ernstzunehmende Kraft. Es gibt kaum kommunalpolitische Konzepte, vielmehr sind die Republikaner zumeist eine „Ein-Thema-Partei“ geblieben, die sich mit populistischen Parolen zur Ausländer- und Asylproblematik äußert. Die Abschottung Deutschlands gegenüber Ausländern wird häufig als Patentlösung für alle Probleme dargestellt, von der Wirtschafts- über die Sozial- bis zur Umweltpolitik, so die Studie der CDU-Landtagsfraktion.

Kennzeichnend ist, daß viele Republikaner-Fraktionen häufig nur mit sich selbst beschäftigt sind, interne Machtkämpfe das Bild prägen.

pro Jahr — etwa 10.000 DM je Monat — zweckgebunden für ihre Fraktionsarbeit. Die fraktionslosen Abgeordneten Schönhuber, Schlee und Grund erhalten 40.000 DM an zweckgebundenen Mitteln für ihre parlamentarische Arbeit zur Verfügung gestellt.

Wahlkampferrstattung für Republikaner und DVU

Bei der Europawahl am 18. Juni 1989 wählten 2.008.629 Bundesbürger die Republikaner (7,1 Prozent) und 444.921 die DVU (1,6 Prozent). Für jeden Wähler erhielten die Republikaner bzw. die DVU 5 DM als Kostenpauschale für den Wahlkampf aus dem Bundeshaushalt, d. h. die Republikaner erhielten für den Europawahlkampf etwas mehr als 10 Millionen DM, die DVU etwas mehr als 2,2 Millionen DM an Steuergeldern.

● Proteststimmen für Rechtsradikale kommen uns teuer zu stehen

Wer den Republikanern oder anderen rechtsradikalen Gruppen seine Stimme gibt, wählt „Leerstellen“ im Europäischen Parlament, verschwendet Steuergelder, gefährdet den äußeren und inneren Frieden und riskiert Arbeitsplätze. Eine Stimme für die Republikaner ist nicht lediglich eine verlorene Stimme, sondern eine Gefährdung deutscher Interessen. Zwei extremistische Diktaturen und Weltkriege haben uns Deutsche genug an Schlimmem in diesem Jahrhundert erleben lassen. An Weimarer Verhältnissen kann kein Deutscher, der sein Vaterland liebt, interessiert sein. Jede Stimme für die Republikaner kommt Deutschland teuer zu stehen. ■

Konjunkturanstieg beeinflusst den Arbeitsmarkt positiv

Zu den neuesten Arbeitsmarktdaten erklärte der sozialpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Julius Louven:

Die positive Arbeitsmarktentwicklung des Vormonats hält im April weiter an. Trotz der üblichen Quartalskündigungen sind die Arbeitslosenzahlen in ganz Deutschland rückläufig. Arbeitslos wurden 2.590.000 Personen im Westen und 1.216.000 im Osten registriert. Mit der ansteigenden Konjunktur ging erfreulicherweise auch die Kurzarbeit stark zurück.

Nahezu 100.000 Arbeitnehmer im Westen und ca. 10.000 in den jungen Bundesländern mehr sind jetzt wieder im normalen Arbeitsumfang tätig. Diese Arbeitnehmer erhalten dementsprechend ihren vollen Lohn und tragen ganz erheblich zur finanziellen Entlastung der Bundesanstalt für Arbeit bei.

Der insgesamt positive Umschwung der Wirtschaft, wie ihn alle seriösen Institutionen in den vergangenen Wochen festgestellt haben, hat schon jetzt behutsam den Arbeitsmarkt erreicht, obwohl positive Konjunkteinflüsse erfahrungsgemäß erst mit großer Zeitverzögerung zu registrieren sind. Für diese optimistische Grundstimmung hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit ihrem Aktionsprogramm für mehr Wachstum und Beschäftigung, hier speziell mit dem Beschäftigungsförderungsgesetz 1994, ein dauerhaftes Fundament gelegt.

In den jungen Bundesländern bleibt trotz des weiterhin erheblichen Wirtschaftswachstums die aktive Arbeitsmarktpolitik von hoher Bedeutung. Dies wird deutlich an der im April auf 174.000 AB-Maßnahmen und auf 83.000 Förderfälle nach § 249 h AFG gestiegenen Gesamtförderung von über einer Viertel Million.

Pressestimmen: Angebot an offenen Stellen verstärkt

Nicht übel

Die neuesten Zahlen vom Arbeitsmarkt hören sich so übel nicht an. 100.000 Arbeitslose weniger als im März, brüderlich verteilt zwischen West- und Ostdeutschland, das scheint doch immerhin ein neuer Anfang zu sein, zumal durch die kritische Masse Kurzarbeit geradezu ein Ruck gegangen ist.

Die Welt

Aufhellung

Ganz so trübe, wie wir es lange Zeit gewohnt waren, sieht der Arbeitsmarkt seit ein paar Wochen nicht mehr aus. Der April brachte einen weiteren leichten Rückgang

der Arbeitslosenzahlen, obwohl dieser Monat durch den Quartalstermin für die Entlassung von Angestellten geprägt ist. Das Angebot an offenen Stellen hat sich quer durch die wichtigsten Branchen verstärkt, und immer weniger Arbeitnehmer sind von Kurzarbeit betroffen. Die Arbeitslosenzahlen gehören zu den „Nachläufern“ der Konjunktur. Die jüngste Klimaverbesserung hier bestätigt den auf anderen Märkten schon länger spürbaren Trend der Konjunkturerholung. Nach den Exportaufträgen scheinen auch die inländischen Bestellungen anzuziehen, und die Auslastung der Anlagen in der Industrie hat sich spürbar verbessert.

Rheinische Post

Der politische Gegner:

Chaos bei der Statt-Partei

Je näher die Europawahl rückt, desto deutlicher zeigt sich das wahre Gesicht der neuen Splittergruppen „Statt-Partei“ und „Bund freier Bürger“. Beide werben mit unterschiedlichen Parolen für eine „neue politische Kultur“ und versuchen sich als Anwälte von Bürgerinteressen darzustellen.

Bud Spencer läßt grüßen

„Wie diese Kultur aussieht, das hat die ‚Statt-Partei‘ gerade bei ihrem Versuch demonstriert, einen nordrhein-westfälischen Landesverband auf die Beine zu stellen. Vor laufenden Kameras war Erstaunliches zu sehen: Da beschimpften sich unflätig führende Funktionäre, da wurde handgreiflich um Mikrophone gestritten, da gab es statt Gemeinsinn tumultartige Szenen. Bud Spencer und Terence Hill lassen grüßen.“ (Die Welt, 10. 5. 1994)

Nach dem spektakulären Einzelerfolg der Statt-Partei in Hamburg zeigt sich nun sehr deutlich, daß die Partei außer Protest nichts zu bieten hat: „Wegen ihres ersten Wahlerfolgs gegen die angeblich Verdruß nährenden Altparteien hat die Statt-Partei lange von der Nachsichtigkeit der Sympathisanten gezehrt. Doch nun zeigt sich, daß ihre Spitzenfunktionäre nur eines eint: der mangelnde Willen, sich ein- und unterzuordnen.“ (FAZ, 10. 5. 1994)

Offener Funktionärsstreit

Schon ist offener Streit unter den Statt-Funktionären ausgebrochen. Gegenseitig werfen sich der Hamburger Wegner und der Bundesvorsitzende Schünemann vor, Republikaner und andere Rechtsextremisten in die Partei aufgenommen zu haben. Wegner bezeichnete Schünemann

als „Spalter, der die Partei in Mißkredit bringen will“. (Süddeutsche Zeitung, 10. 5. 1994)

Schünemann warf Wegner im Gegenzug vor, er wolle die „Zerstörung der Bundespartei“. (ebenda)

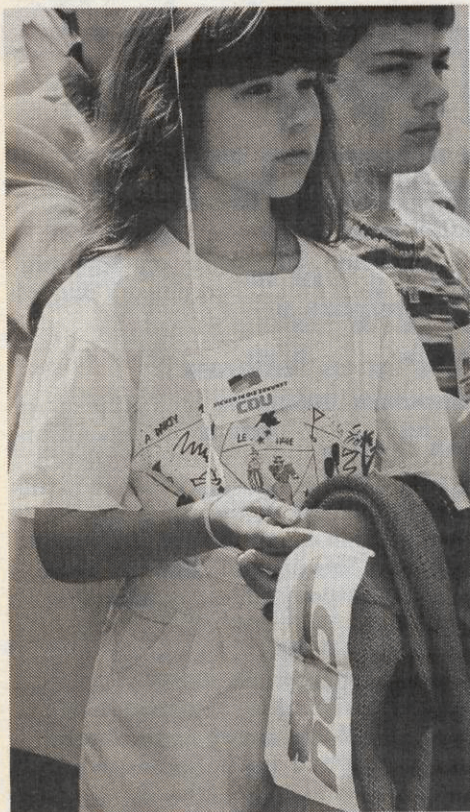
Vertrauensmißbrauch

Zuvor hatte Schünemann ohne einen Vorstandsbeschluß eigenmächtig einen Landesverband Saar gegründet. Einige Mitglieder des Parteivorstandes sehen in diesem „Alleingang von Herrn Professor Schünemann einen schweren Verstoß gegen die Satzung und die Grundsätze der Statt-Partei sowie einen schweren Vertrauensmißbrauch“. (Süddeutsche Zeitung, 10. 5. 1994)

Die Bilanz des Parteaufbaus ist ernüchternd: Die Gründung von Landesverbänden in NRW und Berlin ist gescheitert. Die im Saarland und in Brandenburg konstituierten Landesverbände wurden vom Vorstand nicht anerkannt. Der Vorstand hat sogar rechtliche Schritte angekündigt.

Mitglieder flüchten

„Aus diesem Chaos heraus verfestigt sich der Eindruck, daß sich in den neuen Bürgerparteien eine ungute Mischung aus Sonderlingen, Querulanten und einigen Polit-Veteranen zusammenbraut. Wobei die durchaus ehrenwerten Veteranen inzwischen um ihren Ruf fürchten und von Bord gehen. Bei Brunners unübersehbar rechtslastigem BfB wird das besonders augenfällig: Das renommierte BfB-Vorstandsmitglied Ernst Wickert — ein früherer deutscher Spitzendiplomat von tadellosem Ruf — hat den Verein zusammen mit anderen guten Köpfen fluchtartig verlassen.“ (Die Welt, 10. 5. 1994) ■



Für die kleinen Besucher gab es Fähnchen, Luftballons und Aufkleber.



Die Sonne schien auf die Trompete und auf die vielen Leute von Nah und Fern...

Bundeskanzler Helmut Kohl hat sich mit dem Auftakt des Europawahlkampfes klar zum europäischen Einigungsprozeß am 7. Mai in Aachen bekannt. Vor über 3.000 Menschen forderte der Kanzler: „Wir müssen Europa jetzt für die Zukunft einrichten!“

Neue Arbeitsplätze könnten nur entstehen, wenn es gelinge, Deutschland und Europa gegenüber den anderen Wirtschaftsnationen konkurrenzfähig zu erhalten. Um möglicherweise noch vorhandene Vorbehalte gegen Europa abzubauen, versicherte Kohl erneut: „Wir werden der europäischen Währung erst zustimmen, wenn sie die gleiche Qualität wie die D-Mark hat.“

Im Sinne des Wahlkampfeslogans „CDU – sicher in die Zukunft“ stand die Rede

Wir gewinnen mit Europa

des Bundeskanzlers unter dem Motto „Die Einigung Europas ist das große Thema unserer Generation“. Kohl warb im Verlauf seiner Rede, die immer wieder vom Beifall unterbrochen wurde, für eine gemeinsame europäische Asylregelung. Weitere zentrale Punkte der Europapolitik, so betonte der Kanzler, seien die innere und äußere Sicherheit, der Umweltschutz und die Stärkung des Europäischen Parlamentes.

Deutschland zuliebe zur Europawahl gehen und CDU wählen, das war die Botschaft des Kanzlers.

Ein ganz wesentlicher Bestandteil seiner Rede war die Bedeutung der Europäischen Union für die deutsche Wirtschaft.



Bundeskanzler Helmut Kohl: Wir alle brauchen dieses geeinte Europa — wir mehr als alle unsere Nachbarn.

Kohl unterstrich, daß jeder dritte deutsche Arbeitsplatz von Exporten in die Europäische Union abhängig sei. Arbeit und soziale Sicherheit seien ebenso wie Frieden und Freiheit nur in einem geeinten Europa möglich.

Die Konjunkturaussichten beurteilte Kohl günstig, plädierte dabei gleichzeitig für eine Flexibilisierung der Arbeitszeit und für Schaffung von mehr Teilzeitarbeitsplätzen. In diesem Zusammenhang erwähnte der Kanzler die Vorbildfunktion unserer europäischen Nachbarn, der Niederländer.

Der Abbau der Arbeitslosigkeit und die Schaffung neuer Arbeitsplätze sei für die CDU die Hauptaufgabe der Zukunft.

Voraussetzung sei, daß „die Wirtschaft wieder flottgemacht wird“.

Bei der Großveranstaltung auf dem Platz vor dem Kaiserdom hatte zuvor Generalsekretär Peter Hintze anhand des frühe-

CDU eröffnet Wahlkampf für Europa

ren Jugoslawiens aufgezeigt, daß die Europäer „nicht weniger, sondern mehr Europa“ bräuchten. Die Tatsache, daß bei einer Europawahl zum ersten Mal die neuen Länder dabei sind, erfülle ihn mit Dankbarkeit und Stolz, so der Generalsekretär.

CDU im Gespräch



... und immer wieder viel Beifall für Rita Süßmuth, hier im Gespräch, wie es dem Wahlkampfkonzept der CDU in diesem wichtigen Wahljahr entspricht: „Gespräche statt Materialschlacht.“

Hintze forderte die Wähler auf, am 12. Juni mit ihrer Stimmabgabe das Europäische Parlament zu stärken und den Linkswie Rechtsextremisten eine klare Absage zu erteilen. Der SPD warf der Generalsekretär erneut vor, einen sicherheitspolitischen Sonderweg zu propagieren, der Deutschland innerhalb Europas in die Isolation führen würde.

Größte Friedensbewegung

Wie Peter Hintze zuvor wies auch Bundesarbeitsminister Norbert Blüm in seiner Rede auf die Rolle der EU für den Schutz des Friedens in Europa hin und beschwor, daß Europa „nie mehr ein Schlachtfeld“ sein dürfe. Dabei sei für ihn, Blüm, die größte Friedensbewegung überhaupt die CDU.



▲ Mit der Unterschrift des Kanzlers fängt der kleine Autogrammsammler ja gut an.

Peter Hintze: hier noch im Gespräch über Europa, aber gleich bei der Eröffnungsrede.

Der Sprecher der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Günter Rinsche, würdigte in seiner Rede Helmut Kohl „als Baumeister Europas“ und stellte Kohl mit seiner europäischen Politik in

die Tradition Adenauers. Rinsche wandte sich gegen „kleinkarierte Mäkeleien“ in Europa und bezeichnete die Entwicklung der EG „als beispiellose Erfolgsgeschichte“.

Alle Redner hoben hervor, daß es die deutsche Einheit ohne die europäische Einigung nicht gegeben hätte. Dabei habe Kohl die Adenauersche Europapolitik fortgesetzt und auch mit „Honecker Tacheles geredet“ — im Gegensatz zur SPD, die bereit war, „vor Honecker in die Knie zu gehen“. Von der SPD, die in weiten Teilen „die deutsche Einheit verraten“ hätte, akzeptiere er, Kohl, keine Kritik daran, daß er die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Bundesländern zeitlich nicht richtig eingeschätzt habe. Er bleibe dabei, daß sich die fünf neuen Länder „auf dem Weg zur blühenden Landschaft“ befänden.

Vor der Europa-Kundgebung hatte am Vormittag der Aachener CDU-Kreisvorsitzende, Ulrich Daldrup, zusammen mit



dem Europaabgeordneten der Stadt Aachen Kurt Malangré, den bunten Europamarkt auf dem Katschhof zwischen Dom und Rathaus eröffnet. Neben dem Informationsstand der Bun-



des Geschäftsstelle mit Wahlkampfmaterial und der Präsentation von KomSys verkündete die Junge Union: „Wir sind das junge Europa“, etwas weiter betrieb der RCDS die „Hochschuloffensive für Europa“, und eine private Initiative warb für die Euregio Maas-Rhein. Dazwischen eine Handvoll Zelte und Buden, die die Vielfalt Europas, insbesondere die kulturelle, widerspiegelte.

Buntes Musikprogramm

Für Unterhaltung und Information sorgte ein buntes europäisches Musikprogramm im Wechsel mit vielen Talk-Runden mit Politikern der Union und deren Schwester-Parteien aus der Euroregion. Prominente CDU- und JU-Politiker wie Rita Süßmuth, Günter Rinsche, Peter Kittelmann und Hermann Gröhe u. v. a. stellten sich aktuellen und persönlichen Fragen. Die Bürger nahmen zahlreich die Gelegenheit wahr, hier hautnah an der Diskussion mit Parlamentariern teilzunehmen, ganz im Sinne von „Gespräche statt Materialschlacht“.

Die Reaktion des Publikums zeigt: Es gab auch viel zum Lachen.



Europa läßt grüßen: Aus Schottland die Dudsack-Gruppe Drums and Pipers.

Globale Zukunftssicherung durch Bekämpfung weltweiter Armut

„Entwicklungszusammenarbeit ist eine Aufgabe, die von Staat und Regierung nicht alleine bewältigt werden kann. Sie bedarf der Mitarbeit und Zusammenarbeit vielfältiger gesellschaftlicher Gruppen.“

Mit diesen Worten eröffneten der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Entwicklungspolitik der CDU, Hans-Peter Repnik, und der Ko-Vorsitzende der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE), Prälat Paul Bocklet, die gemeinsam veranstaltete entwicklungspolitische Fachtagung zum Thema „Armutsbekämpfung“ am 9. Mai im Konrad-Adenauer-Haus.

Rund 60 entwicklungspolitische Experten aus Politik, Kirchen und Nichtregierungs-Organisationen diskutierten kritisch und offen über die Grundsätze der gegenwärtigen Armutsbekämpfung, das Kohärenzproblem und die Entwicklungspolitik der Europäischen Union. Inhaltlich waren sich alle Teilnehmer einig: Armutsbekämpfung ist kein Thema der Vergangenheit, sondern ein Thema der Gegenwart und der Zukunft.

Der Dialog der CDU mit den Kirchen sei aber wichtig, um sich heute in der Frage der Methodik zu nähern. Die GKKE, so betonte Repnik, sei hierzu die richtige Gesprächspartnerin. Sie habe in der Vergangenheit zentrale politische Themen aufgegriffen und in den Kontext der globalen Zukunftssicherung gestellt.

„Der Unterschied zwischen Arm und Reich bildet ein großes Krisenpotential“, stellte Repnik fest. Daher sei es wichtig, Entwicklungspolitik als Querschnittsaufgabe zu verstehen. Sie könne, so Repnik,

nicht losgelöst von Außen-, Wirtschafts- und Sicherheitspolitik betrachtet werden. Damit seien natürliche Interessen- und Spannungsverhältnisse verbunden, die gegeneinander abzuwägen sind.

Die Bekämpfung der Armut heiße aber auch, die Qualität und Wirksamkeit der Entwicklungshilfe in den Empfängerländern zu steigern. Die Bekämpfung der Armut sei nicht auf solche Projekte beschränkt, die unmittelbar die Versorgungssituation der Armen verbessern. Vorrangiges Konzept der Armutsbekämpfung

CDU-Bundesfachausschuß Entwicklungspolitik führt Dialog mit den Kirchen

fung sei vielmehr die Unterstützung struktureller Reformen, um die Armen in das wirtschaftliche und gesellschaftliche System zu integrieren. Deutsche Entwicklungszusammenarbeit ziele daher auf die Verbesserung der Rahmenbedingungen. Notwendig sei aber auch der internationale Abbau des Protektionismus, fairer Handel und vor allem die Öffnung der Märkte für Produkte der Entwicklungsländer.

Mit seiner Schlußbemerkung, daß das Ziel „Armutsbekämpfung“ leicht gesagt und häufig proklamiert wird, regte Repnik eine nachdenkliche und interessante Diskussion an. Entwicklungspolitik, die dieses Ziel verfolgt, muß sich — so Repnik — auch realistisch und kritisch mit Interessenkonflikten, mit politischen und gesellschaftlichen Machtstrukturen auseinandersetzen —, nicht nur in den Entwicklungsländern, sondern auch bei uns.

Peter Hintze bei den Arbeitgeberverbänden:

Wir können mit Zuversicht und Vertrauen in die Zukunft sehen

Auf Einladung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände nahm Generalsekretär Peter Hintze in Baden-Baden an einer Podiumsdiskussion zum wirtschafts- und sozialpolitischen Programm der Parteien teil.

Dabei sagte er unter anderem: Wir können mit Zuversicht und Vertrauen in die Zukunft sehen. Die Konjunktur zieht an. Die Aufträge aus dem Ausland nehmen wieder deutlich zu. Die Auslastung unserer Unternehmen wächst. Dies sind gute Zeichen, für die es drei Gründe gibt:

Die Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl hat mit ihrer Politik der Sicherung des Unternehmens- und Arbeitsplatzes Deutschland den richtigen Kurs eingeschlagen. Die Wirtschaft schafft mit ihrer Modernisierungsstrategie die Voraussetzungen für eine wachsende Konkurrenzfähigkeit auf den Weltmärkten. Und den Gewerkschaften gebührt Dank für ihre tarifpolitische Vernunft in der zurückliegenden Tarifrunde. Wir wollen unser Land gut auf das 21. Jahrhundert vorbereiten. Deshalb muß dieser Kurs in den nächsten Jahren konsequent fortgesetzt werden.

Wir brauchen nicht weniger Wachstum, wir brauchen mehr Wachstum. Wenn wir auch morgen genügend zukunftssichere Arbeitsplätze haben wollen, dann können wir uns ein Klima der Wachstums-, Technik- und Gewinnfeindlichkeit, was von der Linken immer wieder geschürt wird, nicht mehr leisten.

Die CDU wird ihre Politik der Wachstumsförderung und der soliden Finanzen

mit allem Nachdruck weiterverfolgen. Es ist wenig glaubwürdig, wenn die SPD uns eine zu hohe Staatsquote oder Verschuldung vorwirft. Schließlich war sie es, die uns 1982 eine Staatsquote von über 50 Prozent hinterlassen hat — und das ohne das Jahrhundertereignis Deutsche Einheit —, die wir auf 45 Prozent bis 1989 abgebaut haben. Und auch die Neuverschuldung, gemessen am Bruttosozialprodukt, war in der Ära Schmidt zum Beispiel 1975 deutlich höher als heute.

Staatsquote herunterfahren

Klar ist: Wir wollen die Staatsquote so schnell als möglich wieder herunterfahren und die Verschuldung zurückführen. Und was die Seriosität angeht: Wenn die SPD in ihrem Wahlprogramm zusätzliche Ausgabenversprechungen von über 100 Milliarden DM macht, aber nur Einnahmen in Höhe von 22 Milliarden DM durch die unsolidarische Ergänzungsabgabe vorsieht, dann kann von seriöser Finanzpolitik nicht die Rede sein.

Die CDU wird die Politik der Konsolidierung fortsetzen, die zu sinkenden Zinsen und sinkender Inflation geführt hat. Wir werden neue Beschäftigungsfelder im Bereich der Dienstleistungen eröffnen und durch Forschungsförderung und das Abräumen von Bremsklötzen den Weg in die High-Tech-Industrie des 21. Jahrhunderts unterstützen. Damit schafft die CDU gute Rahmenbedingungen für erfolgreiches Wirtschaften und damit für die Sicherheit und Zukunft der Arbeit in Deutschland. ■

Betriebs- und Personalräteseminare

Das Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter (AKZ), Bildungswerk und Heimvolkshochschule der „Stiftung Christlich-Soziale Politik e.V.“ in Königswinter, bietet für Betriebs- und Personalräte ein reichhaltiges Seminarangebot.

Die gegenwärtige angespannte Finanz- und Wirtschaftslage trifft sowohl die Wirtschaftsunternehmen als auch den öffentlichen Dienst in erheblichem Ausmaß. Diese Situation stellt die Betriebs- und Personalräte vor neue Herausforderungen. Es gilt, sozial verträgliche Lösungen zu finden, mit dem Ziel, einseitige Entscheidungen zu Lasten der Kollegen und Kolleginnen zu vermeiden.

Dieses Ringen um Lösungen ist naturgemäß konfliktbehaftet, da in der Betriebs- und Personalratsarbeit unterschiedliche Interessen aufeinanderstoßen. Die Kollegen und Kolleginnen in den Betriebs- und Personalräten müssen in die Lage versetzt werden, mit Fach- und Sachkompetenz aktiv zur Konfliktlösung beizutragen. Wir wenden uns an alle interessierten Kollegen und Kolleginnen aus den alten wie den neuen Bundesländern.

Die Seminare für Betriebs- und Personalräte im Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter gliedern sich in

- Grundseminare zur Vermittlung von Basiskennnissen
- Aufbau-seminare mit arbeitsrechtlichen Schwerpunkten,
- Vertiefungsseminare zur Weiterführung arbeitsrechtlicher/fachspezifischer Themen,
- Fachseminare zur Mitbestimmung in Betrieb und Verwaltung.

Aus dem Seminarangebot des Arbeitnehmer-Zentrums Königswinter für Betriebs- und Personalräte 1994 einige Seminarthe-

men, -termine und inhaltliche Schwerpunkte:

Personalratsarbeit in der Praxis: 6.—10. 6. 94 (94.6358.9 PR)

- ▶ Zusammensetzung und Amtszeit des Personalrats: 5.—9. 9. 94 (94.6359.9 PR)
- ▶ Allgemeine Vorschriften: 28. 11.—2. 12. 94 (94.6360.9 PR)
- ▶ Pflichten
- ▶ Rechtstellung
- ▶ Geschäftsführung
- ▶ Kosten und Sachaufwand
- ▶ Aus- und Fortbildung

Wie werde ich Betriebsrat: 2.—4. 12. 94 (94.6316.9 BR)

- ▶ Beteiligungsrechte
- ▶ Mitbestimmung im sozialen Bereich
- ▶ im personellen Bereich
- ▶ Durchführung der Betriebsratswahl

Praktische Betriebsratsarbeit: 10.—14. 10. 94 (94.6311.9 BR)

Geschäftsführung und Organisation:

14.—18. 11. 94 (94.6314.9 BR)

- ▶ Beteiligungsrechte
- ▶ Mitbestimmung im sozialen Bereich
- ▶ im personellen Bereich
- ▶ Informations und Beratungsrecht in wirtschaftlichen Angelegenheiten

Geschäftsführung des Betriebsrats (Sonderprogramm): 9.—11. 12. 94 (94.6318.9 BR)

Arbeitsrecht I: 5.—9. 9. 94 (94.6307.9 BR)

- ▶ Die Einstellung
- ▶ Das Pflichtgefüge im Arbeitsverhältnis
- ▶ Lohn und Akkord

Arbeitsrecht II: 26.—30. 9. 94 (94.6310.9 BR)

- ▶ Die Haftung des Arbeitgebers/-nehmers: 21.—25. 11. 94 (94.6315.9 BR)

- ▶ Leistungsstörungen im Arbeitsverhältnis
- ▶ Betriebsübung, Gleichbehandlung, Kündigung
- ▶ Arbeitsgerichtsbarkeit

Arbeitsrecht III: 7.—11. 11. 94 (94.63313.9 BR)

- ▶ Kündigungsschutz: 5.—9. 12. 94
(94.6316.9 BR)
- ▶ Koalitionen und Koalitionsfreiheit
- ▶ Tarifvertragsrecht
- ▶ Arbeitskampfrecht

Beteiligungsrechte: 29. 8.—2. 9. 94 (94.6354.0 PR)

- ▶ Spannungsfelder in der Dienststelle:
7.—11. 11. 94 (94.6355.9 PR)
- ▶ Planung und Durchführung von Personalversammlungen
- ▶ Personalrat und Gewerkschaften
- ▶ Koalitionsrecht
- ▶ Beteiligungsrechte

Einführung in das öffentliche Dienst- und Beamtenrecht: 22.—26. 8. 94 (94.6361.9 PR)

- ▶ Nebentätigkeitsrecht
- ▶ Dienstpostenbewertung
- ▶ Dienstliche Beurteilungen und Zeugnis
- ▶ Anfechtung dienstlicher Beurteilungen
- ▶ Disziplinarrecht (§ 77 BBG)
- ▶ Beamtenhaftungsrecht

Eingruppierungsrecht: 10.—14. 10. 94 (94.6364.9 PR)

- ▶ Die Tarifparteien im öffentlichen Dienst
- ▶ Das Tarifvertragsrecht
- ▶ Eingruppierung in besonderen Fällen

Arbeitsrecht für Profis: 24.—28. 10. 94 (94.6312.9 BR)

- ▶ Arbeitszeit
- ▶ Arbeitszeit und Mitbestimmung
- ▶ Ausländische Arbeitnehmer
- ▶ Außerordentliche Kündigung
- ▶ Betriebliche Altersversorgung
- ▶ Beschäftigungsverbote

- ▶ Frauenarbeitsschutz
- ▶ Besonderer Kündigungsschutz

Kommunikationstraining I:

26.—30. 9. 94 (94.442.5 BR)

- ▶ Sprechstunde und Beratung in Betrieb und Verwaltung
- ▶ Die Anhörung der Mitarbeiter/-innen
- ▶ Das Gespräch mit dem Arbeitgeber und mit Aufsichtsgremien
- ▶ Argumentation verbessern — Techniken erlernen
- ▶ Frei reden und überzeugen
- ▶ Die Betriebs- und Personalratssitzung

Kommunikationstraining II:

14.—18. 11. 94 (94.6444.5 BP)

- ▶ Arbeitnehmerpositionen vertreten — zu einem Abschluß gelangen
- ▶ Die Verhandlung: Atmosphäre und Klima müssen stimmen
- ▶ Der Betriebs- oder Personalrat am Telefon
- ▶ Die unterschiedlichen Konferenzarten
- ▶ Die Betriebs- und Personalversammlung

Arbeitssicherheit und Unfallverhütung: 21.—25. 11. 94 (94.6446.9 BP)

- ▶ Mitbestimmung und Arbeitssicherheit
- ▶ Die Arbeits-, Dienst-, Wegeunfallversicherung
- ▶ Arbeits-, Verkehrssicherheit und Unfallforschung
- ▶ Gesundheitsschäden durch Fehlverhalten
- ▶ Umweltbelastung im und durch den eigenen Betrieb und die Folgen
- ▶ Dienststellenstandards — Ausblick auf Europa

Auf Anfrage senden wir Ihnen gern ausführliche Informationen zu.

**Arbeitnehmer-Zentrum
Königswinter (AKZ)
Johannes-Albers-Allee 3
53639 Königswinter
Telefon (0 22 23) 73-0
Fax-Nr. (0 22 23) 73-111.**

Die Sendetermine unserer Wahlsspots ...

... in den öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten

Montag,	16. 5.:	ca. 21.00 Uhr im ZDF
Montag,	16. 5.:	ca. 21.45 Uhr in ARD
Freitag,	20. 5.:	ca. 18.45 Uhr im ZDF
Samstag,	21. 5.:	ca. 22.10 Uhr in ARD
Dienstag,	24. 5.:	ca. 23.00 Uhr in ARD
Donnerstag,	26. 5.:	ca. 21.15 Uhr im ZDF
Freitag,	27. 5.:	ca. 17.35 Uhr in ARD
Samstag,	28. 5.:	ca. 22.30 Uhr in ARD
Samstag,	28. 5.:	ca. 23.25 Uhr im ZDF
Montag,	30. 5.:	ca. 22.15 Uhr im ZDF
Freitag,	3. 6.:	ca. 21.55 Uhr in ARD
Samstag,	4. 6.:	ca. 18.45 Uhr im ZDF
Montag,	6. 6.:	ca. 21.00 Uhr in ARD
Dienstag,	7. 6.:	ca. 21.00 Uhr im ZDF
Freitag,	10. 6.:	ca. 22.15 Uhr im ZDF
Freitag,	10. 6.:	ca. 23.00 Uhr in ARD

... in den öffentlich-rechtlichen Radio-Sendern

Montag,	16. 5.:	7.00-7.17 Uhr in mdr
Montag,	16. 5.:	14.27 Uhr in DeutschlandRadio
Montag,	16. 5.:	ca. 16.57 Uhr in NDR 4
Dienstag,	17. 5.:	ca. 13.55 Uhr in SDR 1
Mittwoch,	18. 5.:	ca. 8.30 Uhr in NDR 4
Mittwoch,	18. 5.:	10.57 Uhr in ORB
Mittwoch,	18. 5.:	ca. 13.05 Uhr in WDR 4
Mittwoch,	18. 5.:	19.27 Uhr in DeutschlandRadio
Donnerstag,	19. 5.:	13.35-13.45 Uhr in mdr
Donnerstag,	19. 5.:	ca. 15.04 Uhr in SR 1
Donnerstag,	19. 5.:	ca. 15.08 Uhr in WDR 2
Donnerstag,	19. 5.:	19.45 Uhr in HR
Freitag,	20. 5.:	ca. 9.05 Uhr in SWF 1
Freitag,	20. 5.:	16.57 Uhr in ORB
Freitag,	20. 5.:	ca. 18.55 Uhr in SDR 3
Freitag,	20. 5.:	ca. 19.57 Uhr in SWF 3
Samstag,	21. 5.:	12.35-12.45 Uhr in mdr
Dienstag,	24. 5.:	ca. 8.30 Uhr in NDR 4
Dienstag,	24. 5.:	ca. 15.05 Uhr in WDR 2
Mittwoch,	25. 5.:	9.05 Uhr in SWF 3
Mittwoch,	25. 5.:	ca. 10.07 Uhr in SR 3
Mittwoch,	25. 5.:	12.35-12.45 Uhr in mdr
Mittwoch,	25. 5.:	12.55 Uhr in SDR 3
Mittwoch,	25. 5.:	ca. 13.08 Uhr in WDR 4
Mittwoch,	25. 5.:	15.27 Uhr in DeutschlandRadio
Donnerstag,	26. 5.:	16.57 Uhr in ORB

Donnerstag,	26. 5.:	ca. 17.55 Uhr in SDR 1
Donnerstag,	26. 5.:	ca. 18.25 Uhr in SFB
Donnerstag,	26. 5.:	18.57 Uhr in DeutschlandRadio
Freitag,	27. 5.:	4.25 Uhr in SFB
Freitag,	27. 5.:	8.07-8.17 Uhr in mdr
Freitag,	27. 5.:	ca. 14.07 Uhr in SR 3
Freitag,	27. 5.:	16.57 Uhr in ORB
Freitag,	27. 5.:	ca. 16.57 Uhr in NDR 4
Freitag,	27. 5.:	ca. 19.57 Uhr in SWF 1
Samstag,	28. 5.:	13.35-13.45 Uhr in mdr
Montag,	30. 5.:	6.24 Uhr in hr
Montag,	30. 5.:	11.57 Uhr in ORB
Montag,	30. 5.:	ca. 13.55 Uhr in SDR 1
Montag,	30. 5.:	14.27 Uhr in DeutschlandRadio
Dienstag,	31. 5.:	8.07-8.17 Uhr in mdr
Dienstag,	31. 5.:	ca. 11.04 Uhr in SR 1
Dienstag,	31. 5.:	ca. 13.05 Uhr in WDR 4
Dienstag,	31. 5.:	ca. 19.25 Uhr in SFB
Mittwoch,	1. 6.:	ca. 15.04 Uhr in SR 1
Mittwoch,	1. 6.:	ca. 18.25 Uhr in SFB
Mittwoch,	1. 6.:	ca. 18.55 Uhr in SDR 3
Mittwoch,	1. 6.:	ca. 19.57 Uhr in SWF 3
Donnerstag,	2. 6.:	ca. 8.30 Uhr in NDR 4
Freitag,	3. 6.:	ca. 5.25 Uhr in SFB
Freitag,	3. 6.:	7.07-7.17 Uhr in mdr
Freitag,	3. 6.:	9.05 Uhr in SWF 1
Freitag,	3. 6.:	11.57 Uhr in ORB
Freitag,	3. 6.:	15.08 Uhr in WDR 2
Freitag,	3. 6.:	19.27 Uhr in DeutschlandRadio
Montag,	6. 6.:	ca. 4.25 Uhr in SFB
Montag,	6. 6.:	ca. 8.30 Uhr in NDR 4
Montag,	6. 6.:	ca. 13.08 Uhr in WDR 4
Dienstag,	7. 6.:	ca. 10.07 Uhr in SR 3
Dienstag,	7. 6.:	ca. 12.55 Uhr in SDR 3
Dienstag,	7. 6.:	ca. 19.25 Uhr in SFB
Mittwoch,	8. 6.:	10.57 Uhr in ORB
Mittwoch,	8. 6.:	11.47 Uhr in hr
Mittwoch,	8. 6.:	ca. 12.47 Uhr in NDR 4
Mittwoch,	8. 6.:	ca. 16.25 Uhr in SFB
Donnerstag,	9. 6.:	18.57 Uhr in DeutschlandRadio
Freitag,	10. 6.:	ca. 9.05 Uhr in SWF 3
Freitag,	10. 6.:	ca. 11.04 Uhr in SR 1
Freitag,	10. 6.:	ca. 14.07 Uhr in SR 3
Freitag,	10. 6.:	ca. 15.05 Uhr in WDR 2
Freitag,	10. 6.:	15.27 Uhr in DeutschlandRadio
Freitag,	10. 6.:	ca. 16.57 Uhr in NDR 4
Freitag,	10. 6.:	16.57 Uhr in ORB
Freitag,	10. 6.:	ca. 17.55 Uhr in SDR 1
Freitag,	10. 6.:	ca. 19.57 Uhr in SWF 1

Die Anschriften der wichtigsten Sender

Es müssen ja nicht immer nur Beschwerden sein, zu denen im Wahlkampf vor allem politische Sendungen und Magazine reizen. Damit Sie aber auch im Fall einer Beschwerde schnell reagieren können, haben wir auf mehrere Anfragen hin wie auch schon in früheren Jahren die Anschriften der wichtigsten Rundfunk- und Fernsehsender zusammengestellt.

Wir haben Ihnen diesmal auch die Fax-Nummern herausgesucht, damit Sie genau so schnell wie mit dem Telefon gleichzeitig auch einen Text an den Sender schicken können, der eher zu einer schriftlichen Antwort und Stellungnahme zwingt als ein Telefonat.

- **1 A:** Panoramastr. 1 A, Fernsehturm, 10178 Berlin, Tel.: 030-2385005, Fax: 030/23800750
- **ARD:** Postfach 200665, 80006 München, Tel.: 089-590001, Fax: 089/5900-3249
- **ARTE:** Schützenstr. 1, 76530 Baden-Baden, Tel.: 07221/9369-0, Fax: 9369-50 und 2a rue de la Fondereie, 67080 Strasbourg, CEDEX, Tel.: 0033/88522222, Fax: 0033/88522200
- **Bayerischer Rundfunk:** 80300 München, Tel. 089/590001 (Hörfunk), Tel.: 089/38060 (Fernsehen), Fax: 089/5900-2375
- **Radio Bremen:** Postfach 330320, 28333 Bremen, Tel.: 0421/2460, Fax: 0421/246-1010
- **Deutsche Welle:** Postfach 100444, 50588 Köln, Tel.: 0221/3890, Fax: 0221/3000
- **Deutschlandfunk:** Raderberggürtel 40, 50968 Köln, Tel.: 0221/3451, Fax: 0221/380766

- **Deutsches Sportfernsehen:** Bahnhofstr. 27A, 85774 Unterföhring, Tel.: 089/950020, Fax: 089/95002-392
- **Eurosport:** Münchener Str. 24, 85774 Unterföhring, Tel.: 089/9505244, Fax: 089/9505284
- **Hessischer Rundfunk:** 60222 Frankfurt, Tel.: 069/1551, Fax: 069/155.2900
- **Der Kabelkanal:** Martin-Kollar-Str. 13, 81829 München, Tel.: 089/451850, Fax: 089/45185-104, — 204
- **Mitteldeutscher Rundfunk (MDR):** Kantstr. 71-73, 04275 Leipzig, Tel.: 0341/55950, Fax: 0341/5663-544
- **MTV Europe:** Widenmayerstr. 18, 80538 München, Tel.: 089/298866, Fax: 089/298777
- **Norddeutscher Rundfunk (NDR):** Rothenbaumch. 132, 20149 Hamburg, Tel.: 040/4156-0, Fax: 040/447602
- **n-tv:** Taubenstr. 1, 10117 Berlin, Tel.: 030/23125-0, — 500, Fax: 030/23125-603
- **Ostdeutscher Rundfunk Brandenburg:** August-Bebel-Str. 25-53, 14482 Potsdam, Tel.: 0331/965-10, — 3600, Fax: 0331/965-3571
- **Premiere:** Am Stadtrand 52, 22033 Hamburg, Tel.: 040/69445197
- **PRO 7:** Bahnhofstr. 28, 85767 Unterföhring, Tel.: 089/95001-0, Fax: 089/95001-230
- **RIAS Berlin:** Hans-Rosenthal-Platz, 10825 Berlin, Tel.: 030/85030, Fax: 030/8503-390
- **RTL plus.:** Aachener Str. 1036, 50858 Köln, Tel.: 0221/4560, Fax: 0221/456-1690
- **RTL 2:** Max-Planck-Str. 39, 50858 Köln, Tel.: 02234/9588-0, Fax: 02234/958896

● Steuerpläne der SPD

Nach den Plänen der SPD käme auf jeden Haushalt eine zusätzliche Belastung von ca. 7.174 DM zu. Da jedoch auch das nicht ausreichen würde, um die enormen Ausgabenpläne der SPD zu decken, wären weitere Steuererhöhungen fällig. Die Frage, wie die SPD das Loch in ihrer Finanzierung stopfen will, läßt die SPD bewußt offen. Denn das geht nur, wenn sie dem Steuerzahler noch tiefer als bisher bekannt in die Tasche greift. Den genauen Überblick über die Steuerpläne der SPD erhalten Sie durch unser neues Falblatt.

Bestell-Nr.: 2904

Verpackungseinheit: 100 Expl.

Preis je 100 Expl.: 19,— DM

● Unser Fleiß, unsere Ideen, unsere Arbeit (Motivplakat)

Von diesem dritten Motiv zur Europawahl kann jeder Kreisverband 1.000 Expl. kostenlos in den Formaten A1 oder A0 bei der CDU-Bundesgeschäftsstelle bestellen. Zusätzliche Expl. erhalten Sie über das IS-Versandzentrum

Bestell-Daten

7846: DIN A0 36, — DM je 100 Expl.

7847: DIN A1 19, — DM je 100 Expl.

Verpackungseinheit: 100 Expl.

● Europa von A-Z. Aktuelle Stichworte zur Europapolitik

Was verbirgt sich hinter der „Dubliner Konvention“? Was bedeutet „ECU“? Wo gibt es weitere Informationen über Stützmöglichkeiten oder Städtepartnerschaften in Europa? Die Antworten finden Sie sehr schnell in dieser kleinen DIN-A6-Broschüre im Taschenformat.

Bestell-Nr.: 5514

Verpackungseinheit: 50 Expl.

Preis je 50 Expl.: 24,— DM

Bestellungen an:
IS-Versandzentrum
Postfach 1164
33759 Versmold
Fax (05423) 41521

● Saarländischer Rundfunk:

Funkhaus Halberg, 66100 Saarbrücken,
 Tel.: 0681/6020, Fax: 602-3874

● **SAT 1:** Otto-Schott-Str. 13,
 55127 Mainz, Tel.: 06131/900-0,
 Fax: 06131/900-100

● **Sender Freies Berlin (SFB):**
 14046 Berlin,
 Tel.: 030/30310, Fax 030/301-5062

● **Süddeutscher Rundfunk:** Postfach
 106040, 70049 Stuttgart, Tel.: 0711/9290,
 Fax: 0711/929-2600

● **Südwestfunk:** Postfach 820,

76485 Baden-Baden, Tel.: 07221-920,
 Fax: 07221/92-2010

● **Super Channel:** Goethestr. 8,
 80336 München, Tel.: 089/597988,
 Fax: 089/554190

● **VIVA:** PF 320000, 50797 Köln,
 Tel.: 0221/956820, Fax: 0221/9568282

● **VOX:** Richard-Byrd-Str. 6, 50829 Köln,
 Tel.: 0221/95340, Fax: 0221/9534-800

● **Westdeutscher Rundfunk (WDR):**
 50600 Köln, Tel. 0221/2201,
 Fax: 0221/220-4490

● **ZDF/3sat:** Postf. 4040, 55100 Mainz,
 Tel.: 06131/701, Fax: 06131/2413

AKTUELLE STICHWORTE ZUR EUROPAPOLITIK

Europa von A bis Z



SICHER IN DIE ZUKUNFT

CDU



Unser Fleiß, unsere Ideen, unsere Arbeit:

Wir packen's!

SICHER IN DIE ZUKUNFT

CDU

Die Steuerpläne der SPD 7.174 DM mehr pro Jahr

STEUERBESCHEID



Steuererhöhungspartei SPD: Kündigt in ihrem Wahlprogramm massive Steuererhöhungen an: Einkommensteuer, Mineralölsteuer, Erbschaftsteuer, Grundsteuer usw. ...

... muß das bezahlen?

Neuhausbesitzer:
Das Wohnen im durchschnitlich
mittehalten durch die SPD Pläne
der Einkommensteuer für Immobilien
werden nicht verschont. Sie
werden zahlen.

Mineralöl:
Die Erhöhung der Mineral-
ölsteuern würde jeden
Jahr 600 DM pro Jahr kosten.
„Kleiner Leute“ die für ihre
Auto angewiesen sind.

Erbschaft:
Mit der Aufhebung
den auch die Kinder der
werden können. Das ist nur
Steuererhöhungen auf

Angestellte:
Die sind nach der Vorstel-
lungen... Besondere
minimal 4.700 DM brutto
für alle bei der SPD
umgangsgeläufig zahlen.

Beifahrer:
Beifahrer wird
Haus Einkommen
unabhängig nicht
über 1.275 DM

wer in die Tasche:

1.209 DM
690 DM
4.000 DM
1.275 DM
7.174 DM

ausgeben
nicht

Schargin's Deckungslücke

Abgaben:
300 Mrd DM

Einnahmen:
3 Mrd DM
70 Mrd DM
10 Mrd DM

Wer soll das bezahlen?

Steuerzahler zahlen
aus dem Staatshaushalt
Einkommensteuer für
den Staatshaushalt
aus dem Staatshaushalt
zahlen

Die Frage, wie die SPD das Loch in ihre Finanzierung
stopfen will, läßt die SPD bereits offen. Denn das geht
bekannt in die Tasche groß!

- Zum Beispiel durch eine Erhöhung der Mehrwert
steuer um 2 Prozent, die besonders die Kleinen
trauen.
- Zum Beispiel durch eine weitere Anhebung der
Mineralölsteuer.
- Zum Beispiel durch eine Erhöhung der Erbschafts-
und Schenkungssteuer.
- Zum Beispiel durch eine Arbeitsmarktkontrolle
für Beamte und Selbstständige.
- Zum Beispiel durch eine Kindergebühren, die
jedem Arbeitnehmer 3 Prozent des Bruttoein-
kommens kostet.
- Zum Beispiel eine zusätzliche Vermögens-
steuer.

**Von den Steuerplänen der SPD
würden alle betroffen:
Angestellte, Arbeiter, Rentner,
Sparer, Mieter, Autofahrer ...**

SICHER IN DIE ZUKUNFT
CDU

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN

7946: DIN A0 36 — DM 100,00
7947: DIN A1 18 — DM 100,00
Verpackungsmaß: 100 Bsp.



Auftakt des Europawahlkampfes in Aachen: Reger Andrang an den Info-Ständen der CDU-Bundesgeschäftsstelle und natürlich auch am CDU-Glücksrad, das immer noch für 345,— Mark bestellt werden kann. Sofort lieferbar! Fax: (0228) 544-341.

UID

16/1994

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktions-Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, **Verlag:** Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 5307-0, Telefax (0228) 5307-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Bernd Proffittschke (BLZ 3805000), Postgirokonto Köln Nr. 193795-500 (BLZ 370 10050). **Abonnementspreis** jährlich 52,— DM. Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.